

Streit kultur



20.05.2018

16:00 Uhr

Infoladen Anschlag

Streitkultur

... sich austauschen, diskutieren, Standpunkte anderer kennen lernen und eigene reflektieren ...

Der Wandel der Zeit nagt an der Fähigkeit sich direkt mit Menschen auseinander zu setzen oder auf Augenhöhe politisch zu streiten. Bedeutung und Potential dessen scheinen in den Hintergrund zu rücken. Die neusten Infos werden per Smartphone auf dem Weg zur Arbeit abgerufen, Nachrichten auf 140 Zeichen heruntergebrochen und Meinungen auf einen erhobenen Daumen reduziert. Erlebtes wird mit Selfies dokumentiert, in das digitale Fotoalbum geschoben und für jeglichen Gefühlszustand lässt sich bestimmt ein passender Smilie finden.

Entgegen dieser Dynamik in der die Menschen vom steten Ticken der Uhr angetrieben werden, wollen wir die Zeiger vorübergehend anhalten.

Wir wollen mit euch einen Raum schaffen, in dem wir zusammen diskutieren, uns austauschen, auf einer solidarischen Ebene miteinander streiten, sowie unsere Wahrnehmung und politische Perspektive schärfen. Eine Diskussion die nicht immer nur in der Kleingruppe oder im Kreis eurer engsten Genoss*innen und Freund*innen stattfindet. Eine Diskussion die euch die Möglichkeit der aktiven Teilnahme bieten soll und euch nicht nur zur*m Konsument*in einer x-beliebigen Vortragsveranstaltung macht. Eine Diskussion in der soziales Miteinander und gegenseitiger Respekt die Grundlage für unsere Gespräche sein sollen.

In diesem Raum sollen hierarchische Strukturen abgebaut werden, sodass sich alle Menschen dementsprechend wohl fühlen, so dass sie sich an der Diskussion beteiligen können. Es wird kein Team geben, welches aufpasst – alle Anwesenden sind mitverantwortlich für ein angenehmes Gesprächsklima. Dennoch wollen wir folgend ein paar Punkte aufführen, die uns für eine angenehme Atmosphäre wichtig sind:

achtet auf eure Redeanteile // lasst Andere ausreden // lauter reden bedeutet nicht recht zu haben // es geht um Austausch, nicht darum andere von der eigenen Meinung zu überzeugen // keine Profilierung und Dominanz durch akademischen Habitus oder Expert*innenwissen // schaltet eure Handys und smarten Geräte aus oder lasst sie noch besser gleich zuhause.

In hoffentlich regelmäßigen Abständen wollen wir uns zusammenfinden, um anhand verschiedener Texte zu diskutieren. Diese werden im Vorfeld ausgelegt und im Internet zu finden sein, so dass sich alle vorab damit befassen können. Wenn ihr fetzige Textvorschläge habt, lasst sie uns gerne zukommen.

Achtet auf Ankündigungen, schaut vorbei und lasst uns gemeinsam der Wortlosigkeit der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse entgegenwirken.

Streitkultur – Anschlussfähigkeit der Linken in Bielefeld

Großereignisse wie G20 oder der AfD Parteitag, haben im letzten Jahr die Auseinandersetzung mit linksradikaler Politik geprägt. Sowohl innerhalb linksradikaler Strukturen, als auch in der Gesellschaft. Doch anstatt das gesamtgesellschaftlich mehr über unsere Analysen und Meinungen diskutiert und geschrieben wurde, wurde vor allem in den etablierten Medien, insbesondere im Kontext der G20-Proteste, ein Bild chaotischer Gewalttäter_innen gezeichnet. Der durchaus vielseitige Protest wurde medial mit Verweis auf die sogenannten 'Gewaltexzesse' delegitimiert, kriminalisiert und einseitig dargestellt. Über Inhalte des Protestes, Deutungen der Ereignisse und Perspektiven wird meist nur in linken Zeitungen und 'Szene'-Magazinen berichtet. Auch abseits von Großereignissen fehlt eine Auseinandersetzung mit linksradikalen Positionen und das nicht nur bundesweit, sondern auch hier.

Ein Beispiel sind spontane Demonstrationen in Bielefeld. Eine Sponti richtete sich gegen die Ideenwerkstatt der örtlichen Burschenschaftler. Das Ergebnis war nicht, dass Leute für die Ideologien der sogenannten neuen Rechten sensibilisiert, oder die Ideenwerkstatt kritisch von der Presse begleitet wurde. Viel mehr blieben Sinn und Zweck der Aktion für Außenstehende unklar. Es ist lange her, dass in Bielefeld und auch in anderen Städten soziale Kämpfe im großem Stil Seite an Seite mit den Betroffenen ausgetragen wurden. Größere Kulturveranstaltungen mit klarem politischen Anspruch gibt es nur selten. Abgesehen von der ZAB (Zentrale Ausländer Behörde) Demo im April 2016 fehlen linksradikale Proteste in Bielefeld die eine größere Öffentlichkeit erreichen. Auffällig und besorgniserregend ist auch, dass unsere Positionen und unser Politikstil kaum junge/neue Menschen anspricht.

Wir möchten bei dieser Streitkultur nicht die nächste G20-Krawall-Gewalt-Diskussion führen. Wir möchten eine Diskussion darüber führen wie wir es schaffen aus dieser marginalisierten Rolle heraus zu brechen. Wie wir vorgehen müssen um unseren Thesen und Analysen über die bestehenden Verhältnisse und unseren vielschichtigen Utopien nicht nur Gehör, Verständnis, sondern auch Zustimmung zu verschaffen. Wie kann es uns gelingen, dass die Menschen in unserer Umgebung unsere Politik als hilfreich und bereichernd empfinden, einen emanzipatorischen Gesellschaftsfortschritt nicht als Last sondern als befreiend wahrnehmen und diesen gleichzeitig fordern? Wie gehen wir vor, dass Menschen anfangen sich für unsere Positionen zu interessieren und aktiv am Kampf gegen Kapitalismus, Diskriminierung und die bürgerliche Gesellschaft zu beteiligen. Wie werden wir mehr? Wie gelingt es uns eine diskursbestimmende Kraft in unserer Gesellschaft zu werden?

Kurz gesagt: Wie werden wir anschlussfähiger?

Als Diskussionsgrundlage haben wir Auszüge aus einem Thesenpapier des Bremer Kollektivs abgedruckt. Es lohnt sich, dieses auch komplett zu lesen.

Zu finden ist es aktuell unter:

<https://linkezeitung.de/2016/05/24/11-thesen-ueber-kritik-linksradikaler-politik-organisierung-und-revolutionaere-praxis/> [10.4.2018]

Wir laden euch ein, zur nächsten Streitkultur am 20.5.2018 um 16 Uhr in den Infoladen Anschlag zu kommen und mit uns über die Anschlussfähigkeit der linksradikalen Politik zu diskutieren.

Wir freuen uns auf euch!

These 1

Revolutionäre Politik heißt, um das Potential der Gesellschaft zu wissen

Es ist egal, wo wir hinschauen, ob in die aktionsorientierten und praxisbestimmenden Gruppen oder die theoriebezogenen und meinungsbildenden Kreise – eines ist hierzulande bei allen Unterschieden einem Großteil der Linksradikelel gemein: sie empfinden eine tiefe Abneigung gegen die Gesellschaft und fühlen sich ihr überlegen. Und tatsächlich fällt es auf den ersten Blick auch gar nicht schwer, Gründe zu finden, welche zumindest die Ablehnung der Gesellschaft nachvollziehbar erscheinen lassen. Seien es die nationalsozialistischen Kontinuitäten, die Autoritätsgläubigkeit, rassistische, nationalistische, sexistische und homophobe Tendenzen, die selbstgefällige und verlogene Ideologie der Vorzeigedemokratie und Hort der Menschenrechte, welche die innenpolitischen Verhältnisse schönfärbt, vor allem aber dazu dient, die Verantwortung deutscher Geopolitik für weltweites Elend, Ausbeutung und Unterdrückung auszublenden und fortzuschreiben bis hin zum unerschütterlichen Glauben an das eigene Opfer- und Zukurzgekommenensein. Folglich sehen wir uns nicht nur im Kampf gegen staatliche und wirtschaftliche Machtstrukturen, sondern in einem Kampf gegen die Gesellschaft als Ganzes.

Die Gesellschaft auf diese Weise abzuschreiben (und abzuspalten¹), heißt jedoch nichts anderes, als sich – bewusst oder unbewusst - von jedem Anspruch auf eine radikale und emanzipative Gesellschaftsveränderung zu verabschieden. Denn die tatsächliche Überwindung kapitalistischer, patriarchaler und staatlicher Strukturen kann weder für die Gesellschaft erkämpft noch ohne oder gegen sie durchgesetzt werden. Vielmehr ist Revolution nur als kontinuierlicher Prozess zu verstehen, der von breiten Teilen der Bevölkerung getragen und erkämpft wird. Andernfalls verkommt Revolution zu einem Herrschafts- und Zwangsprojekt von oben oder linksradikale Politik zu Elitarismus, weil der Kampf für die Gesellschaft den Kampf in und mit ihr ersetzt.

Da Revolution nur als gesellschaftliche Bewegung von unten gedacht werden kann, haben viele Linksradikelel die Möglichkeit revolutionärer Bewegungen in der hiesigen Gesellschaft weitgehend abgeschrieben (auch wenn sie weiterhin verbal an der Abschaffung von Staat und Kapitalismus festhalten). Soziale Kämpfe und revolutionäre Erhebungen mögen an anderen Orten der Welt entstehen, die bundesdeutsche Gesellschaft ist für viele radikale Linke hingegen fast schon qua Definition reaktionär und tendenziell faschistisch. Dadurch wird linksradikale Politik zwangsläufig reformistisch und bleibt (günstigenfalls) ein Korrektiv für Missstände des kapitalistisch-parlamentarischen Systems.

Ein genauerer Blick auf die Gründe für die linksradikale Ablehnung der Gesellschaft zeigt, dass sie (neben individuellen Motiven, siehe dazu These 6) auf einem falschen Verständnis der Wechselwirkung von Staat, Gesellschaft und Individuum beruht ebenso wie auf einem fehlenden Geschichtsbewusstsein. Tatsächlich spiegeln sich darin vielfach Bestandteile bürgerlicher Ideologie wider. So zum Beispiel in der Gleichsetzung von Strukturen und Individuen beim Versuch, die Ursachen für reaktionäre Ideologien und Unterdrückung zu untersuchen. Wird z.B. Rassismus nur als individueller Affekt betrachtet und die zugrunde liegende soziale Struktur vernachlässigt, bleibt als Erklärung nur die Annahme der moralischen Deformation des Individuums - die individuelle Unmenschlichkeit („der Mensch, zumal der Deutsche, ist schlecht“) - und die Möglichkeiten politischer Einflussnahme werden – wenn überhaupt - auf persönliche Verhaltensappelle reduziert. Die Gleichsetzung von Strukturen und Individuen (anstatt sie als dialektisches Verhältnis zu

¹ Die Abneigung gegenüber der Gesellschaft führt auch dazu, dass viele radikale Linke sich selbst und die eigenen Strukturen und Orte als etwas betrachten, das außerhalb des (vermeintlich homogenen) gesellschaftlichen Ganzen existiert. Das verstärkt nicht nur die Selbstisolation linksradikaler Politik sondern verkennt auch die vielen Spaltungen und Widersprüche innerhalb der Gesellschaft ebenso wie die Potentiale für eine Gesellschaftsveränderung.

begreifen) führt darüber hinaus zu der in linksradikalen Kreisen weit verbreiteten – und in den spezifischen historischen Bedingungen der BRD begründeten - Gleichsetzung von Gesellschaft und Staat. Durch diese Gleichsetzung wird der Kampf gegen den kapitalistischen Staat automatisch zu einem Kampf gegen die Gesellschaft an sich. Die daraus hervorgehende Selbstisolation der radikalen Linken hat zur Folge, dass wir uns in unserem Kampf gegen das System alleine und ohnmächtig wiederfinden und Revolution in unserer Praxis unmöglich erscheint.

Um das grundlegende Potential für emanzipative Veränderungen auch in der bundesdeutschen Gesellschaft zu erkennen, ist es wichtig, dass wir zwischen Strukturen und Individuen und zwischen Staat und Gesellschaft unterscheiden und uns selbst als ein Teil der gespaltenen und widersprüchlichen Gesellschaft begreifen.

Gleichzeitig ist es notwendig, aus der historischen Unmittelbarkeit herauszutreten und unseren historischen Blick zu weiten. Die Erfahrungen der Niederlagen und das Ausbleiben von positiven Kämpfen und Bezugspunkten in den letzten Jahrzehnten lässt diese Erfahrungen als eine endgültige, unbesiegbare Realität erscheinen. Gleichzeitig bildet die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Kontinuitäten für viele radikale Linke in der Bundesrepublik einen wichtigen Ausgangspunkt der Politisierung. Die (wichtige und dringend notwendige) Auseinandersetzung mit dem Faschismus und seinen Folgen bleibt jedoch häufig der einzige historische Bezugspunkt, während das Wissen über die zahlreichen, vergangenen revolutionären Bewegungen und Kämpfe in der hiesigen Gesellschaft weitgehend verloren gegangen ist. Eine Ausweitung unseres historischen Blickes und die Auseinandersetzung mit den widerständigen Momenten auch in diesen Breitengraden zeigt, dass innerhalb der Gesellschaft sowohl autoritäre und faschistische Tendenzen als auch emanzipative und revolutionäre vorhanden sind.

Bewegungen wie 15M, die Gezi-Proteste, die Aufstände im „arabischen Frühling“ aber auch die Besetzungen und der Widerstand gegen die neue Arbeitsrechtsreform in Frankreich sind die aktuellsten Beispiele dafür, dass auch in Gesellschaften, in denen selbst Linke vor Ort keinerlei Potential zur Veränderung mehr gesehen haben, plötzliche soziale Bewegungen entstehen können. Dieses Potential wird tendenziell zunehmend, weil die aggressive Entwicklung des Neoliberalismus weltweit dazu führt, dass die zerstörerische Kraft des Kapitalismus und seine immanenten Widersprüche² immer offensichtlicher werden. Gleichzeitig finden sich immer mehr Menschen in prekären Arbeits- und Lebensbedingungen wieder, verarmen oder werden marginalisiert. Auch gesellschaftliche Gruppen, die bisher teilweise vom Kapitalismus profitiert haben, verlieren zunehmend ihre Privilegien oder bekommen die Folgen seiner krisenhaften Entwicklung am eigenen Leib zu spüren. Dadurch wächst die Anzahl derjenigen, die ein existentielles Interesse an der Veränderung der Verhältnisse haben, beständig. Diese Tatsache führt nicht automatisch oder zwangsläufig zur Entwicklung von emanzipativen sozialen Protesten oder gar revolutionären Erhebungen. Dennoch bildet die wachsende Unzufriedenheit mit der eigenen Lage und den herrschenden Verhältnissen die Grundlage dafür, dass Menschen das Bedürfnis und die Bereitschaft zur Veränderung entwickeln. Wenn die radikale Linke dieses Potential nicht ernst nimmt, selbst keine Perspektive entwickelt und sich der gefühlten Ohnmacht hingibt, macht sie sich mitverantwortlich, dass reaktionäre und rechte Bewegungen als vermeintliche Lösungsansätze an Stärke gewinnen.

² Damit meinen wir nicht nur die ökonomischen Veränderungen, sondern es gibt zahlreiche strukturelle Widersprüche, die sowohl zur Instabilität des Systems als auch zur Unzufriedenheit und Unruhe beitragen (zunehmende Umweltzerstörung, Entfremdung und Vereinsamung, neoliberale Umstrukturierung der Sozialsysteme (Pflege, Gesundheit, Bildung etc.) und deren zunehmende Aushöhlung etc.

Wenn das Ziel unseres politischen Handelns die tatsächliche Überwindung der kapitalistischen, patriarchalen und staatlichen Verhältnisse ist, dann müssen wir deshalb zu aller erst das Wissen um die Möglichkeit der emanzipativen Gesellschaftsveränderung auch in dieser Gesellschaft in uns selbst und in der Gesellschaft wieder stärken und verbreiten. Das bedeutet auch, die allgemeine menschliche Fähigkeit zur Entfaltung, Entwicklung und Befreiung anzuerkennen und ernst zu nehmen.

These 2

Die Basis einer gesellschaftlichen Kraft ist die Organisation

Innerhalb der radikalen Linken, unter linken Akademiker_innen sowie allgemein unter jungen politischen Aktivist_innen innerhalb der BRD (aber auch in vielen anderen westlichen Staaten³) herrscht eine weit verbreitete Organisationsfeindlichkeit bzw. wird in Organisation zumindest keine Notwendigkeit gesehen. Vielmehr gibt es viele kleine, voneinander getrennt geführte und teilweise gegenseitig gespaltene Gruppen und Kämpfe.

Einer der wichtigsten Gründe für die Organisationsfeindlichkeit unter Linksradiكالen liegt unserer Meinung nach darin, dass das Wissen um radikaldemokratische, antiautoritäre Formen der Organisation weitgehend verloren gegangen ist. Wenn vom Aufbau revolutionärer Organisationen gesprochen wird, dann assoziieren die meisten damit dogmatische Kader-, Führungs- oder Zentralismuskonzepte, in denen Autorität, Hierarchie, Instrumentalisierung, Entfremdung der Mitglieder sowie Bürokratie reproduziert werden (und deshalb zurecht insbesondere in anti-autoritären Kreisen abgelehnt werden). Aber auch linksradikale Gruppen, die sich positiv auf Organisation beziehen, greifen in den Debatten und tatsächlichen Organisationsvorhaben fast ausschließlich auf eben jene Ansätze zurück.

Als weiterer wichtiger Grund ist der wachsende Einfluss von Theorien zu nennen, die mit dem Niedergang der sozialistischen Bewegungen aus einer Ablehnung orthodox marxistischer Theorien oder als Reaktion auf marxistische Traditionen entstanden sind (Postmodernismus, Poststrukturalismus, Postmarxismus)⁴. Sie lehnen die Möglichkeit und Notwendigkeit von Massenmobilisierungen sowie eines organisierten Kampfes theoretisch ab und betonen anstatt dessen Mikropolitik oder die Spontaneität der Massen. Unter Linksradiكالen haben sich diese Theorien inzwischen als hegemoniale Diskurse etabliert, was den Aufbau von revolutionären Organisationen erheblich erschwert.

Die Notwendigkeit zum Aufbau einer revolutionären Organisation ergibt sich für uns sowohl aus der Analyse der Auswirkungen der kapitalistischen Verhältnisse als auch aus der Analyse historischer und gegenwärtiger revolutionärer Erhebungen, ihren Entstehungsbedingungen sowie den Gründen für ihr Scheitern.

Organisation als Notwendigkeit, die sich aus der Analyse der kapitalistischen Verhältnisse ergibt

3 Auch in vielen Ländern des globalen Südens ist eine Organisationsfeindlichkeit innerhalb junger Aktivist_innen und linken Akademiker_innen zu finden. In Diktaturen wie z.B. dem Iran kommt als weiterer Grund für die kritische Haltung gegenüber politischen Organisationen die massive staatliche Repression gegenüber diesen und damit verbunden, die Erfahrungen der existentiellen Bedrohung organisierter politischer Arbeit hinzu.

4 In vielen linken Strömungen in Europa war der Niedergang sozialistischer Bewegungen und Modelle viel früher als der Zusammenbruch der Sowjetunion spürbar. Die Wurzeln poststrukturalistischer und postmoderner Theorien reichen entsprechend bis in die 60er Jahre zurück.

Die postfordistische Organisation der Produktionsweise hat auch der Gesellschaft neue Bedingungen aufgezwungen, aus denen die heutigen neoliberalen Strukturen entstanden sind. Die Logik des Kapitals bzw. die rein ökonomische Logik hat alle Bereiche der Gesellschaft eingenommen. Als Konsequenz haben sich Faktoren wie Konkurrenz, Leistungs- und Arbeitszwang, Individualisierung und Prekarität etabliert, die zur Spaltung und Atomisierung der Gesellschaft führten und führen. Unter solchen Bedingungen werden nicht nur gemeinsame Probleme als individuelle Probleme wahrgenommen und ihnen individuell begegnet. Jede und jeder ist dem kapitalistischen System nach der Zerstörung kollektiver sozialer Strukturen infolge der Durchsetzung des Neoliberalismus⁵ auch tatsächlich einzeln und allein ausgesetzt, sei es im Betrieb, vor dem Amt, etc. Es ist kein Wunder, dass unter diesen prekären Bedingungen Konkurrenz den Platz von Solidarität einnimmt und Individualisierung den Platz von Gemeinschaftlichkeit. Auch werden rassistische und nationalistische Spaltungstendenzen gestärkt. Die gesellschaftlichen Bedingungen für spontane emanzipative Organisationsprozesse werden dadurch erheblich erschwert.

Weil die Hegemonie der kapitalistischen Ideen eine strukturelle Hegemonie ist, ist es nicht möglich, einzeln oder in gespaltenen, kleinen Gruppen gegen sie anzukämpfen. Die Prekarität hat auch die materiellen Bedingungen des politischen und sozialen Kampfes von Linksradiكالen verändert. Unorganisiert und vereinzelt wächst die Gefahr, dass wir die herrschenden Denkweisen verinnerlichen und reproduzieren oder im Versuch aufgesogen werden, die eigenen Alltagsprobleme individuell zu lösen. Um vor diesem Hintergrund emanzipative Denkweisen zu verteidigen, zu entwickeln und auszuweiten, bedarf es eines organisierten, kollektiven Kampfes. Gleichzeitig bildet Organisation die Grundlage für politisches Handeln, das sich an der Analyse gesellschaftlicher Bedingungen und Entwicklungen orientiert und daraus Strategien, Taktiken und Ziele ableitet. Die vielen Strategiedebatten in unseren Strukturen und die häufig geäußerte Kritik an unserer Politik werden keine Veränderungen zur Folge haben, solange es keinen festen organisierten Rahmen gibt, in dem Veränderung gemeinsam stattfinden kann.

Organisierung als Notwendigkeit, die sich aus der Analyse historischer und gegenwärtiger revolutionärer Erhebungen ergibt

Neben der Analyse der kapitalistischen Verhältnisse zeigt aber auch eine Analyse der Entstehung und des Verlaufs von revolutionären Erhebungen die Notwendigkeit für organisierte revolutionäre Strukturen. Wir gehen nicht davon aus, dass der Zeitpunkt gesellschaftlicher oder revolutionärer Erhebungen durch revolutionäre Organisationen bestimmt oder vorhergesagt werden kann. Dieser hängt auch von den materiellen und historischen Bedingungen ab.

Die Geschichte zeigt aber, dass revolutionären Erhebungen ebenso wie radikalen Kämpfen häufig jahrzehntelange, kontinuierliche, geduldige, organisierte Arbeit vorausgegangen ist. Sehr anschaulich wird dies z.B. in der russischen Revolution von 1905, der spanischen Revolution von 1936 oder den aktuellen Entwicklungen in Rojava.

Dies macht deutlich, dass revolutionäre Organisationen zur Entstehung einer revolutionären Bewegung beitragen können. In unrevolutionären Zeiten sehen wir die Aufgaben vor allem darin, die Ideen und Methoden der Selbstorganisation von unten, radikale revolutionäre Diskurse und Analysen in der Gesellschaft zu verbreiten, zum Aufbau selbstorganisierter Strukturen in allen Lebensbereichen aktiv beizutragen und aktuelle Kämpfe zu unterstützen, in denen für die Durchsetzung konkreter Verbesserungen gekämpft wird, sowie Auseinandersetzungen und Kämpfe

⁵ Um präziser zu sein, muss man an dieser Stelle hinzufügen, dass eine wichtige Phase der Zerschlagung kollektiver revolutionärer Strukturen bereits im Nationalsozialismus stattgefunden hat.

anzustoßen und zu radikalieren (siehe dazu ausführlich These 4). Zudem ist es wichtig, soziale und solidarische Strukturen im Sinne einer widerständigen Infrastruktur aufzubauen. Diese sind nicht nur für einen dauerhaften Kampf unabdingbar, sondern auch während revolutionärer Prozesse oftmals entscheidend dafür, dass Aufstände trotz der Angriffe des Systems weiter bestehen können.

Auch die Analyse historischer und gegenwärtiger Aufstände zeigt, dass das Vorhandensein von organisierten Strukturen für den Verlauf von Aufständen von elementarer Wichtigkeit ist. Bewegungen scheitern in sozialen Kämpfen ebenso wie in revolutionären Situationen, wenn sie nicht über eigene ständige organisierte Strukturen verfügen. Zwar sind die Spontaneität der Massen in Kombination mit den materiellen Bedingungen maßgeblich für das Ausbrechen revolutionärer Situationen, die Organisiertheit ist jedoch wichtig für deren Erfolg und Fortbestehen. Andernfalls überlassen wir den Erfolg spontaner Erhebungen völlig ihrer spontanen Durchsetzungskraft gegenüber den organisiert vorgehenden Angriffen des Systems.

Die für viele überraschend aufgebrochenen Erhebungen in den letzten Jahren wie die grüne Bewegung im Iran, die Aufstände des arabischen Frühlings in Ägypten, Tunesien, Syrien, die Gezi-Proteste in der Türkei, die Massenproteste des 15M in Spanien, die Anti-Austeritätsproteste in Griechenland haben zwar gezeigt, dass innerhalb dieser Bewegungen spontan Methoden und Elemente der Selbstorganisation von unten entwickelt und angewandt wurden und ähnliche Basisstrukturen wie Stadtteilkomitees entstanden sind. Gleichzeitig waren diese spontanen Erhebungen aber massiven Angriffen durch die alten Regimes, reformistische oder konterrevolutionäre Kräfte ausgesetzt, die ihrerseits organisiert vorgingen und versuchten, die Bewegungen zu spalten, zu instrumentalisieren, zu zerschlagen etc. Wenn Menschen in spontanen Erhebungen erst anfangen, sich die Kenntnisse, die Strukturen und die Erfahrung von Selbstorganisation sowie das politische Bewusstsein und eine revolutionäre Analyse anzueignen, wenn sie am meisten den Angriffen der konterrevolutionären Kräfte ausgesetzt sind, führt das dazu, dass sie nicht in der Lage sind, langfristig zu bestehen.

Die Bewegungen im Iran, der Türkei, Ägypten etc. haben allesamt gezeigt, wie groß die Sehnsucht der Menschen nach Solidarität und Gemeinschaftlichkeit ist und was für ein Potential an gegenseitiger Unterstützung, Kreativität und Solidarität sich in diesen Bewegungen entfaltet hat. Damit solche Aufstände oder Bewegungen aber nicht nur wellenartig entstehen und sich wieder zurück ziehen, zerschlagen oder instrumentalisiert werden, braucht es organisierte revolutionäre Strukturen. Ihre Rolle sehen wir darin, von Beginn an dazu beizutragen, revolutionäre Diskurse zu stärken, Wissen und Methoden weiter zu geben, solidarische soziale Strukturen zur Verfügung zu stellen und so die Gefahren der Spaltung und der Angriffe zu verringern. Es ist fatal zu glauben, unorganisierte oder spontan organisierte Bewegungen könnten sich gegen die organisierten, machtvollen Angriffe des Systems auf Dauer zur Wehr setzen oder diesen Stand halten.

Durch die fehlende Organisation verfügt linksradikale Politik heutzutage zudem kaum über eine öffentliche Sichtbarkeit, Ansprechbarkeit und damit Anschlussfähigkeit. Dies führt den Verlust der gesellschaftlichen Relevanz linksradikaler Gruppen fort, was wiederum die Spaltung zwischen der Gesellschaft und Linksradikalen vertieft. Ein weiterer Aspekt fehlender Organisation ist, dass Erfahrungen zwischen Generationen von Aktivist_innen nicht weitergegeben werden können und alle immer wieder von vorne beginnen. Ebenso fehlt die Möglichkeit organisierte Bildungs- und Jugendarbeit zu betreiben und dadurch eine über das (lokal-)mikroskopische hinausreichende Breitenwirkung zu entfalten. Last but not least sind organisierte Strukturen auch sinnvoll, um einzelne lokale oder (Teilbereichs-)Kämpfe miteinander in Verbindung zu setzen und somit dazu beizutragen, dass das Bewusstsein über die zugrunde liegenden, gemeinsam erlebten gesellschaftlichen Ursachen gestärkt wird.

Was wollen wir?

Wir denken die Frage von Organisierung muss auf zwei miteinander verbundenen Ebenen angegangen werden: Zum einen halten wir den Aufbau einer nicht-hierarchischen, überregionalen, revolutionären Organisation von Menschen für notwendig, die sich dem Gedanken und den Methoden der gesellschaftlichen Selbstorganisation und Emanzipation verschrieben haben. Zum anderen streben wir den Aufbau von Strukturen gesellschaftlicher Selbstorganisation in allen gesellschaftlichen Bereichen und Kämpfen an, so dass der Gedanke und die Methoden der Selbstorganisation von unten immer selbstverständlicher werden und auch in Protest- und Widerstandsbewegungen immer schwerer zu beseitigen sind (sowohl durch Eingriffe von außen wie auch durch selbsternannte Führer_innen von innen). Auf diese zweite Ebene der Organisierung gehen wir in These 4 ausführlich ein.

Aufbau einer revolutionären Organisation

Wir sind nicht in der Lage, in diesem Text eine konkrete Skizze einer revolutionären Organisation zu entwerfen. Dies muss im gemeinsamen Aufbauprozess und aus einer gemeinsamen Praxis und Diskussion entstehen. Dennoch erachten wir es für notwendig, dass sich Menschen organisieren, die in grundlegenden Fragen übereinstimmen. Wir streben i.d.S. keine Organisierung von heterogenen linksradikalen Gruppen auf minimalem gemeinsamen Nenner an. In den folgenden Thesen versuchen wir verschiedene Aspekte und Komponenten zu benennen, die wir für den Aufbauprozess und die politische Ausrichtung einer solchen Organisation für zentral halten.

Wenn wir vom Aufbau einer politischen Organisation sprechen, dann ist zu allererst zu betonen, dass wir hierarchische Organisationsformen und Führungskonzepte für gesellschaftliche Emanzipation und Selbstbestimmung für vollkommen untauglich halten. Historisch hat sich immer wieder gezeigt, dass sie zur Unterdrückung der selbstorganisierten und emanzipatorischen Momente revolutionärer Bewegungen dienten und zur (Wieder-) Herstellung neuer Klassenherrschaft. Die Aufgabe der von uns angestrebten revolutionären politischen Organisation sehen wir dementsprechend weder darin, die Führung von Protest-, und Widerstandsbewegungen oder gar Revolutionen zu übernehmen noch für Menschen zu sprechen.

Aus der Ablehnung hierarchischer Führungskonzepte ergibt sich, dass wir uns auf Strategien und Organisationsformen rückbesinnen oder diese neu entwickeln müssen, in denen Menschen Erfahrungen mit Selbstbestimmung, Selbsttätigkeit und freiem, eigenständigen Denken sammeln können. Die Strukturen dieser Organisation müssen die freie Initiative der Basis schützen, statt sie einer Führung auszuliefern. Einige grundlegende Prinzipien für die Struktur und den Aufbau einer solchen Organisation sind für uns deshalb: die Autonomie der Basisorgane in allen nur sie betreffenden Fragen, die Entscheidungsmacht bleibt bei der Basis, Delegation mit imperativen Mandat, Rechenschaftspflicht und jederzeitige Rückrufbarkeit der Delegierten. Wie eine Organisation im Konkreten jedoch aussieht, wird auch abhängig sein, von den sich aus der Praxis und den konkreten materiellen Bedingungen ergebenden Notwendigkeiten.

Wir streben eine Organisierung auf der Basis gemeinsam geteilter Analysen, Strategien, Haltungen und Grundsätze an. Entsprechend organisieren wir uns trotz unserer unterschiedlichen Hintergründe und gesellschaftlichen Positioniertheiten bewusst in einergemeinsamen Struktur. Wir sehen die gemeinsame Organisierung als Notwendigkeit um die politische Getthoisierung von migrantischen und nicht-migrantischen radikalen Linken zu überwinden und gegen die gesellschaftlichen Spaltungslinien zu arbeiten (siehe dazu auch These 3). Unsere Stärke liegt unserer Meinung nach in

der gemeinsamen Organisation. Dennoch werden wir es unterstützen, wenn bestimmte Gruppen, die von einzelnen Unterdrückungsverhältnissen betroffen sind, sich innerhalb der Organisation auch autonom organisieren⁶.

Dem Aufbauprozess einer revolutionären Organisation stehen verschiedene Faktoren entgegen. Als wichtigster Faktor ist die bereits beschriebene Organisationsfeindlichkeit und das fehlende Interesse an Organisation unter radikalen Linken zu nennen. Die Erfahrung mindestens der letzten 35 Jahre linksradikaler Bewegung in der Bundesrepublik zeigt, dass der Prozess der Organisation bewusst voran getrieben werden muss. Das Konzept der Vernetzung, die allmählich zum organischen Zusammenwachsen revolutionärer Zusammenhänge führen soll, hat sich in 35 Jahren nicht einmal bewahrheitet und erscheint uns deshalb ungeeignet. Bundesweite Diskussionen sind für uns nur Mittel der Verständigung unter ähnlich orientierten Aktiven aber kein Ersatz für den tatsächlichen Organisationsprozess.

In Organisationsprozessen stoßen wir jedoch auch an verinnerlichte kapitalistische und individualistische Denk- und Verhaltensweisen vieler radikaler Linker, die kollektiven Prozessen entgegen stehen oder diese erschweren. Sich zu organisieren, heißt, Kompromissfähigkeit zu entwickeln, kollektiv denken zu lernen und sich auch zurück nehmen zu können. Damit meinen wir nicht, eigene Überzeugungen und Standpunkte aufzugeben. Vielmehr gilt es zu unterscheiden zwischen grundsätzlichen Überzeugungen, über die es zu diskutieren und notfalls zu streiten gilt und der Tatsache, dass man nicht immer alles mitentscheiden, bestimmen oder beeinflussen muss. In der radikalen Linken sind egoistische Tendenzen und die Eigenschaft, immer die Unterschiedlichkeit zu betonen, stark verbreitet. Diese sind das Produkt der verinnerlichteten neoliberalen Normen ebenso wie eine Folge jahrhundertelanger autoritärer Prägung. Daraus ergeben sich psychologische Faktoren, wie die Suche nach Anerkennung und Wertschätzung über Leistung und Profilierungsstreben, die Organisationsprozesse deutlich hemmen können. Der Aufbau einer Organisation erfordert es dagegen, sich immer wieder auf die Suche nach dem Gemeinsamen zu begeben, statt vorwiegend das Trennende zu suchen.

Uns ist bewusst, dass der Aufbau einer Organisation, sei sie auch auf basisdemokratischen nicht-hierarchischen Elementen aufgebaut, Gefahren birgt. Hier sehen wir die Entwicklung zu Bürokratismus und Organisationsegoismus, denen sich nur durch Bewusstmachung und ständiger selbstkritischer Auseinandersetzung entgegen wirken lässt – die aber eben auch tatsächlich geschehen muss. Um eine abgehobene und selbstbezügliche Organisationsstruktur zu verhindern, muss der Kern des Aufbaus einer überregionalen Organisation die lokale und regionale Verankerung der beteiligten Gruppen im Alltag und in alltagsbezogenen Kämpfen sein.

Der Aufbau einer nicht-hierarchischen Organisation bedeutet für uns nicht, dass alle Mitglieder alles gleich gut können und alle alles machen müssen. Vielmehr ist das Ziel, im Bewusstsein der bestehenden Unterschiede an Zeit, Fähigkeiten etc., Strukturen aufzubauen, die ein Gleichgewicht schaffen zwischen der Möglichkeit zur Selbstentwicklung auf der einen und der Effizienz der Gruppe auf der anderen Seite. Es müssen also nicht alle alles können, aber es muss prinzipiell die Möglichkeit bestehen, Fähigkeiten zu entwickeln und Wissenstransfer zu ermöglichen. Die Basis ist auch hier, dass alle Mitglieder mit den grundlegenden Inhalten und Ergebnissen übereinstimmen und grundlegende Entscheidungen kollektiv getroffen werden.

⁶ Dabei besteht die Gefahr, dass durch die autonomen Organisationsprozesse von einzelnen Gruppen, Spaltungen innerhalb der Organisation reproduziert werden und der gemeinsame Kampf in zahlreiche einzelne, autonome Organisationsprozesse zerfällt. Dennoch kann es auch wichtig und sinnvoll sein, dass sich einzelne Gruppierungen autonom organisieren. Diese Widersprüchlichkeit und Problematik muss im Prozess der Organisation diskutiert und erprobt werden.

These 4

Neuausrichtung linksradikaler Politik

Seit dem Niedergang linker Bewegungen in den 90er Jahren und dem zunehmend offen zutage tretenden Nationalismus und Rassismus in der bundesdeutschen Gesellschaft haben sich große Teile der Linksradikalen von einer Politik der tatsächlichen, radikalen gesellschaftlichen Veränderung von unten verabschiedet. Infolgedessen haben Linksradikale auch ihre Rolle im Prozess der Stärkung gesellschaftlicher Organisierung von unten vernachlässigt. Diese Vernachlässigung spiegelt sich sowohl in der Art und Weise linksradikaler Organisierung als auch in den dominanten politischen Ansätzen wider. Während wir verbal radikal, antikapitalistisch und militant unsere Ablehnung gegen das System auf die Straße tragen, ist die Frage, mit welchen konkreten politischen Methoden und Strategien eine Überwindung der kapitalistischen und staatlichen Strukturen erreicht werden kann und wer die Subjekte dieser Veränderung sind, aus dem Fokus verschwunden. Dabei sind es genau diese Fragen, an der sich linksradikale Politik ausschließlich orientieren und messen muss, so sie sich denn als revolutionär begreift.

Infolge dieser Entwicklungen sind politische Ansätze ins Zentrum linksradikaler Politik gerückt, die auf abstrakter politischer Ebene ansetzen und sich in einzelnen, gespaltenen Teilbereichs- und Abwehrkämpfen zerreiben, Einpunktbewegungen und Gipfelmobilisierungen favorisieren und als zentrale Methode Kampagnenpolitik betrachten. Während sich einzelne Gruppen in reine Theoriearbeit flüchten, hechtet ein Großteil der Linksradikalen von einer Aktion und Kampagne zur nächsten, von einem Großevent zum anderen - ohne dabei wesentlich zu wachsen und ohne dabei über eine nennenswerte soziale Verankerung zu verfügen. Immer sind wir zu wenige, immer sind wir überarbeitet, immer kurz vor dem Burnout. Dabei schaffen wir es durchaus ziemlich gut mit nur wenigen Leuten zu den unterschiedlichsten Teilbereichsthemen immer professionalisiertere Kampagnen und Veranstaltungen zu organisieren, mit denen wir mal besser mal schlechter in den gesellschaftlichen und medialen Diskurs eingreifen. Der Fokus liegt dabei jedoch auf Diskurskämpfen, die vorwiegend nur auf medialer Ebene oder unter Intellektuellen geführt werden und sich nicht aus einer gesellschaftlichen Praxis entwickeln und verbreiten⁷. Dieser politische Ansatz kann unserer Meinung nach der Hegemonie der herrschenden Ideologie jedoch nicht begegnen, weil es fast keinen Kontakt zwischen der politischen Praxis und der Basis der Gesellschaft gibt.

Zudem arbeitet sich die Linksradikale mit ihren Aktionen und Kampagnen an den immer neuen staatlichen Angriffen ab, sei es TTIP, die Asylgesetzgebung, Klimapolitik oder Sicherheitsgesetze. Neue Gesetzesvorhaben werden durch neue Aktionen und Kampagnen beantwortet, so dass linksradikale Politik fast ausschließlich eine Reaktion auf staatliche Politik bleibt bzw. dieser hinterher hinkt. Während wir denken gegen den Staat zu kämpfen, bleiben unsere Kämpfe in dem vom Staat vorgegebenen Rahmen und es entstehen keine eigenen Strukturen, Strategien, Perspektiven und alltägliche Praxen.

Auch diejenigen linksradikalen Gruppen und Organisationen, die eine Verankerung in der Gesellschaft für notwendig erachten, setzen dabei meist auf sozialdemokratische Politikansätze. Durch Bündnisse mit gesellschaftlichen Repräsentant_innen (mit Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen, NGOs, Parteien, Vereinen und Verbänden) soll deren vermeintlicher Einfluss genutzt werden um die eigenen politischen Inhalte zu verbreiten. Dabei werden Bündnisse mit gesellschaftlichen Repräsentant_innen als Ersatz für eine echte Organisierung und einen Kampf von

⁷ Diskurskämpfe sind nötig, aber die Frage ist, wie man diese durchführt: über bürgerliche Medien oder durch eine Praxis von unten.

unten angesehen. Die Überzeugung, Gesellschaftsveränderung könne über demokratische Teilhabe innerhalb des Staates und der Zivilgesellschaft erzielt werden, reicht weit in linksradikale politische Ansätze hinein. Als Ursachen hierfür sehen wir u.a. das Misstrauen gegenüber der Bevölkerung und ihrem Potential zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung sowie die der Bewegungsstarre folgende Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit. Entsprechend hoch ist die Zahl der linksradikalen Aktivist_innen, die in staatlichen oder politischen Institutionen arbeiten (als Jugendgewerkschaftssekretär_in, wissenschaftliche Mitarbeiter_in der bürgerlichen Parteien, in Flüchtlingsunterkünften, NGOs, staatlich finanzierten Initiativen oder sogar staatlichen Behörden). Historisch betrachtet sind ganze Bewegungen auf diese Weise in den Institutionen assimiliert worden und dadurch verschwunden, wie z.B. weite Teile der Frauenbewegung der 80er Jahre oder die grüne Bewegung in der Partei Bündnis 90/Die Grünen.

Reformistische und linksliberale Politikansätze sind unserer Meinung nach eines der größten Hindernisse und Gefahren für die Entwicklung und das Fortbestehen von revolutionären Bewegungen. Allein die Analyse der Rolle der Sozialdemokratie⁸ in der Bundesrepublik seit den 1900er Jahren reicht aus, um diese Einschätzung zu unterstreichen. Die Geschichte zeigt, dass die Sozialdemokratie sowohl institutionell als auch ideologisch zur Spaltung der Arbeiterklasse sowie der Spaltung der Linken diene. Ähnlich lässt sich die Geschichte der reformistischen Gewerkschaften in der BRD bis heute auswerten. An zahlreichen Beispielen wird deutlich, wie diese Gewerkschaften zur (nationalistischen und inneren) Spaltung der Lohnabhängigen beigetragen, die Radikalisierung und Ausweitung von Arbeitskämpfen verhindert⁹, sich in Bündnissen (z.B. Anti-Nazi-Bündnissen) im Nachhinein von linksradikalen Kräften distanziert und diese „fallen gelassen“ haben etc. Aber auch eine Analyse des Scheiterns der sozialen Aufstände an verschiedenen Orten weltweit zeigt die spalterische und konterrevolutionäre Rolle, die reformistische Kräfte spielten (innerhalb der Anti-Austeritätsbewegung in Griechenland, 15M in Spanien, die Aufstände des „arabischen Frühling“, grüne Bewegung im Iran etc.). Dennoch wird von einigen linksradikalen Gruppen immer noch eine Zusammenarbeit mit reformistischen Gewerkschaften etc. als strategisch sinnvoll angestrebt und der Arbeit an der Basis der Gesellschaft vorgezogen.

Auch die Überzeugung, „linke“ Parteien könnten im Rahmen der parlamentarischen Demokratie echte Veränderungen herbeiführen oder Teil einer Gesamtstrategie der Gesellschaftsveränderung sein, findet sich in einigen Teilen der radikalen Linken. Diese Hoffnung auf den Erfolg „linker“ Parteien hat sich in der Vergangenheit nicht nur immer wieder als falsch heraus gestellt (wie zuletzt in Griechenland und Spanien) sondern fatale Auswirkungen auf die realen Bewegungen von unten gehabt. Diese haben sich in der Konzentration auf Wahlkämpfe komplett aufgerieben und sind in ihrer Stärke verschwunden. (z.B. Aktivist_innen der 15M Bewegung in Podemos, türkische und kurdische Linke im Wahlkampf für die HDP, die Proteste der griechischen Bevölkerung in Syriza). Gleichzeitig ziehen „linke“ Parteien die Hoffnung in der Bevölkerung auf sich und führen dazu, dass den eigenen Kämpfen die Basis entzogen wird. Wenn diese Hoffnungen enttäuscht werden, ist dies eine Niederlage, die nachhaltige Auswirkungen hat.

Nach dem bisher Gesagten, lässt sich feststellen, dass die unterschiedlichen politischen Ansätze der radikalen Linken - militante Aktionen, Bündnisse mit gesellschaftlichen Akteuren, Kampagnen etc. - eines gemeinsam haben: sie spiegeln die grundlegende Perspektivlosigkeit und die Erfahrungen

8 Damit meinen wir nicht revolutionäre Tendenzen innerhalb der damaligen SPD wie sie von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht etc. vertreten wurden.

9 Einige von zahlreichen Beispielen sind der Streik bei Atlas Maschinenbau in Delmenhorst, die Änderungskündigungen und anschließenden Arbeitskämpfe beim GHB in Bremen und Bremerhaven, der Streik bei BSH Berlin, Neupack etc.

der Niederlage der linken Bewegung wider. Zudem fehlt ihnen eine tatsächliche revolutionäre Strategie und Perspektive von unten.

Was wollen wir?

Wir sind der Meinung es braucht eine grundsätzliche, tiefgreifende Veränderung und Neuausrichtung linksradikaler Politik. Wir denken, die zentrale Aufgabe linksradikaler Politik ist es, selbstorganisierte Strukturen an der Basis der Gesellschaft zu schaffen und zu stärken, die im Alltag der Menschen verankert sind, über einzelne Kämpfe hinaus reichen und auf das verweisen, was wir in Zukunft anstreben. Denn eine tatsächliche Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen und damit die Überwindung des kapitalistischen Systems und Staates kann nur dann stattfinden, wenn Menschen überhaupt erst einmal wieder die Erfahrung mit Selbstorganisation und darin mit Selbstwirksamkeit und Solidarität machen. Insbesondere in der Bundesrepublik ist der bürgerliche Staat tief verwurzelt. Er durchdringt fast alle Bereiche der Gesellschaft und regelt fast alle zwischenmenschlichen Beziehungen. Entsprechend groß ist die Obrigkeitsgläubigkeit, während es kaum eine Vorstellung darüber gibt, wie sich eine Gesellschaft ohne zentrale staatliche Kontrolle und Regulierung selbst organisieren kann.

Wir müssen also Strukturen stärken und aufbauen, in denen wir als Gesellschaft lernen, wie wir unser Leben ohne Vermittlung des Staates selbst organisieren und Probleme in unserem Alltag eigenständig miteinander aushandeln können. Dadurch wirken wir nicht nur der zunehmenden Entpolitisierung der Gesellschaft entgegen, sondern auch dem tief verwurzelten Glauben, Menschen müssten kontrolliert und regiert werden. Zudem können von solchen Strukturen ausgehend solidarische Kämpfe in den unterschiedlichen Bereichen unseres Alltages entwickelt und geführt werden (gegen Angriffe auf der Arbeit, gegen Unterdrückung auf dem Amt, gegen Zwangsräumungen etc.). Wir müssen Orte schaffen, an denen die kapitalistischen und nationalistischen Werte, Normen, Denkweisen und Strukturen infrage gestellt und verändert werden können. Orte, an denen neue Erfahrungen möglich sind. Orte, an denen sich emanzipative Werte und Denkweisen herausbilden können. Der Aufbau von selbstorganisierten Strukturen ermöglicht in diesem Sinne eine echte, unmittelbare emanzipative Veränderung und Verbesserung des eigenen Lebens und nicht nur eine Veränderung auf abstrakter politischer Ebene.

Selbstorganisierte solidarische Strukturen können uns zudem dabei helfen, uns kollektiv gegen Angriffe der kapitalistischen Verhältnisse zumindest teilweise zu schützen. Sie schaffen gleichzeitig die Voraussetzung, dass die Unterdrückten kritische Denkweisen gegenüber den herrschenden Verhältnissen des Kapitalismus entwickeln können. In Zeiten von Massenprotesten, Aufständen sowie Phasen staatlichen Umbruchs können bereits verankerte selbstorganisierte Strukturen zum anderen eine wichtige Funktion für einen revolutionären Prozess erfüllen.

Den Aufbau von selbstorganisierten Strukturen halten wir letztlich überall dort für sinnvoll und notwendig, wo sich unser Alltag vollzieht. Offenkundige Felder sind Erwerbstätigkeit (Betrieb, Ämter), Wohnen (Haus, Straße, Stadtteil), Reproduktion (insbesondere Kinder und Pflege) sowie Lebensgrundlagen (solidarische Netzwerke, Lebensmittelproduktion, Gesundheit) etc. Da viele Lohnabhängige vor allem im prekären Niedriglohnbereich keine festen Arbeitsplätze mehr haben, sondern häufig den Betrieb wechseln und dadurch vereinzelt sind, werden die Bedingungen für Selbstorganisation und Entwicklung von Kämpfen hier zunehmend schwieriger. Vor diesem Hintergrund spielt der Aufbau von selbstorganisierten Strukturen in Stadtteilen eine besondere Rolle. Diese können dann Ausgangspunkt von Kämpfen auch in anderen Bereichen werden.

Wenn wir vom Aufbau selbstorganisierter Strukturen in allen Bereichen des Alltages sprechen, dann stellt sich die Frage, wer als Subjekt dieser Organisation zu sehen ist. Wir sind der Ansicht, dass es kein revolutionäres Subjekt per se oder die Klasse für sich gibt. Dennoch sind wir der Ansicht, dass wir für eine politische Strategie der Gesellschaftsveränderung eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Widersprüche brauchen, um daraus abzuleiten, wo diejenigen Kräfte und Potentiale sind, die ein eigenständiges materielles Interesse und eine existentielle Motivation an gesellschaftlicher Veränderung haben. Dadurch ergeben sich für uns Schwerpunkte, wo wir die meisten Chancen sehen zu intervenieren und zu kämpfen (siehe dazu These 3). Gleichzeitig bedeutet die Tatsache, dass es kein revolutionäres Subjekt an sich gibt, dass das Bewusstsein für die eigene Lage, ein Verständnis über den Zusammenhang der eigenen Situation mit grundlegenden Strukturen sowie das Begreifen der Gemeinsamkeit der eigenen Situation mit der Situation anderer, in gemeinsamen Kämpfen und Prozessen erst aktiv entwickelt werden muss. „Erst wenn der Widerspruch zwischen den eigenen Interessen und Bedürfnissen und denen des Kapitals von den Kämpfenden auf die gesellschaftliche Totalität bezogen wird [...], das heißt die eigene Position innerhalb dieser verortet wird, konstituieren sich potenzielle Träger*innen“¹⁰ einer sozialen und politischen Revolution.

Beim Aufbau der langfristigen Strukturen müssen wir völlig neu beginnen und können kaum auf etwas Bestehendes zurückgreifen. In die Gesellschaft hinein wirken, heißt für uns nicht, Bündnisse mit deren Vertreter_innen zu bilden, sondern Strukturen zu schaffen, in denen sich Menschen als Subjekte selbst organisieren. Das bedeutet für uns, wir müssen raus aus dem Gewohnten, raus aus der Szene und uns vor allem dort aufhalten, wo unser Alltag stattfindet. Gleichzeitig müssen wir selbst unseren eigenen Alltag – unsere eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen - wieder als politisch begreifen und in unseren Kampf integrieren. Dabei sehen wir die Aufgabe von radikalen Linken nicht darauf beschränkt, Politik der ersten Person zu betreiben, sondern es geht auch darum in Kämpfe zu intervenieren und aktiv den Aufbau von Strukturen voranzutreiben. Diese Arbeit ist anstrengend, kleinteilig, braucht Geduld und wird vielleicht nicht direkt sichtbare Ergebnisse bringen. Aber Ereignisse wie in Rojava oder Spanien zeigen uns, dass gesellschaftliche Umbrüche nicht vom Himmel fallen, sondern die Folge jahrzehntelanger Arbeit revolutionärer Organisationen an der Basis der Gesellschaft sind.

Wenn wir selbstorganisierte Strukturen z.B. in Stadtteilen oder im Arbeitsbereich aufbauen und dort Kämpfe führen, werden wir allen möglichen Schwierigkeiten begegnen. Dazu gehört v.a. auch die Gefahr, dass Proteste und selbstorganisierte Strukturen über die vielfältigen Formen der Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung in den staatlichen Apparat eingebunden werden (z.B. Bürgerbeteiligungsverfahren, runde Tische, Mediationsverfahren, Stadtteilbeiräte, Mitbestimmung am Arbeitsplatz) oder sich auf sozialdemokratische Formen des Protestes beschränken oder beschränkt werden (wie z.B. durch Gewerkschaften, NGOs, zivilgesellschaftliche Institutionen). Vor dem Hintergrund der o.g. Erfahrungen und Analysen lehnen wir eine Zusammenarbeit mit reformistischen Gewerkschaften und „linken“ Parteien als grundlegende Strategie linksradikaler Politik ab. Vielmehr müssen wir die historischen und gegenwärtigen Erfahrungen auswerten und die Frage diskutieren, wie revolutionäre Ideen und kollektive Ansätze der Selbstorganisation gegen sozialdemokratische Ideen aufgebaut und verteidigt werden können. Hier schließen sich weitere Fragestellungen an: Wodurch entwickeln Menschen das Bewusstsein, ihre Alltagsprobleme in einem größeren Kontext zu betrachten, mit den Problemen anderer in Verbindung zu setzen und eine gesamtgesellschaftliche Analyse und Perspektive zu entwickeln? Wie kann es gelingen mit Menschen über lokale Themen hinaus Verbindung zu schaffen? Was heißt echte Veränderung? Wie können wir soziale Bewegungen von unten stärken und radikalieren? Wie kann eine Politisierung von Alltagsproblemen (Arbeitsverhältnisse, Hartz IV, Mieten, Erziehung und Pflege etc.) gelingen?

10 Der kommende Aufprall, Antifa Kritik & Klassenkampf, S. 7.

Wie kann das Abdriften in Sozialarbeit vermieden oder das völlige Aufgehen linksradikaler Strukturen und Kräfte in individuelle Unterstützung verhindert werden (siehe Flüchtlingsproteste)? Wie kann der Aufbau einer Kultur der Selbstorganisation in der BRD aussehen? Was sind mögliche Schwierigkeiten? Wie gehen wir mit den staatsnahen Formen des Sozialmanagements in den Stadtteilen und der Idee der Zivilgesellschaft bzw. entpolitisierten Hilfspolitik um? All diese Fragen bedürfen einer kontinuierlichen Analyse und Diskussion.

Das bisher Gesagte bedeutet nicht, dass wir die jetzigen politischen Ansätze wie Kampagnenpolitik und punktuelle Interventionen grundsätzlich ablehnen. Vielmehr sollten wir solche Mittel als eine unter vielen Taktiken zur Umsetzung der oben genannten Strategie nutzen.

These 6

Raus aus der Subkultur

Wir haben in den letzten Thesen ausgeführt, dass im Zentrum linksradikaler Politik die Stärkung von gesellschaftlichen Organisationsprozessen und Kämpfen von unten stehen muss. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist, die bestehende Spaltung zwischen linksradikaler Bewegung und Gesellschaft aufzuheben.

Diese Spaltung wird in der Bundesrepublik im Wesentlichen durch eine linksradikale Politik hervorgerufen, die sich durch subkulturelle Zugehörigkeit, politische Selbstbezogenheit auf die eigene „Szene“ und (bewusste oder unbewusste) Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft auszeichnet. Schon für politisch interessierte Menschen ist es nicht einfach, mit „der Szene“ in Kontakt zu kommen und es braucht einige Anstrengung um von dieser akzeptiert zu werden. Viele von uns haben diese Erfahrungen in der Vergangenheit selbst gemacht. Für breitere Kreise bleibt die Szenepolitik nicht greifbar, unrelevant und unattraktiv. Dies liegt u.a. auch daran, dass Zugehörigkeit nicht in erster Linie über gemeinsame politische Positionen und Zielsetzungen hergestellt wird, sondern vielfach über typische Kriterien einer Subkultur, wie kulturelle und sprachliche Codes, Kleidungsstile, Verhaltensnormen etc. Die politische und subkulturelle Einigelung ist einer der Faktoren, warum linksradikale Politik weitgehend marginal und gesellschaftlich irrelevant bleibt.

Obwohl durch einzelne Zusammenhänge schon seit Jahrzehnten immer wieder eine Auseinandersetzung mit der Verslossenheit und Selbstfokussierung der Szene eingefordert wird, hat sich daran bis heute nichts grundlegend verändert. Auch innerhalb der Szene werden die ausgrenzenden und elitären Mechanismen regelmäßig beklagt (siehe These 7). Die Trennung zwischen Gesellschaft und linksradikaler Szene scheint also keineswegs durchweg erwünscht zu sein. Wenn sich trotzdem seit Jahrzehnten an diesem Paradox so wenig rütteln lässt, stellt sich die Frage, welche Faktoren dazu beitragen, dass die Trennung zwischen Gesellschaft und Linksradikalen aufrechterhalten bleibt.

Linksradikale Subkultur als Wert an sich

Nach wie vor sind es hauptsächlich junge Menschen, die den Weg in die linksradikale Szene suchen. Eine wichtige Motivation ist für sie nicht allein die Ablehnung gesellschaftlicher Unterdrückungsmechanismen sondern vor allem auch die Ablehnung vorherrschender kultureller Denk- und Verhaltensweisen. Die Entwicklung und Ausgestaltung linksradikaler Subkultur spielt vor diesem Hintergrund eine wichtige Rolle. Durch die Identifikation mit der politischen „Szene“ wird das Gefühl von Zugehörigkeit erzeugt und die eigene Ohnmacht und Einsamkeit verringert.

Darüber hinaus bieten linksradikale Räume trotz der engen Konventionen, die in ihnen gelten, einen vergleichsweise geschützten Rahmen um gewisse Persönlichkeitsaspekte zu entwickeln und auszuleben, die gesellschaftlich stigmatisiert sind (Umgang mit der eigenen Genderrolle, sexuelle Orientierung etc.).

Diese Faktoren haben zur Folge, dass die linksradikale „Szene“ für diejenigen, die sich ihr zugehörig fühlen, vor allem eine soziale und emotionale Bedeutung hat. Der genannte subjektive Vorteil des Szenelebens besteht erst einmal unabhängig von ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz. Dadurch drängt sich die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht unmittelbar auf, denn das Szenedasein lässt sich als Rückzug in eine gesellschaftliche Nischenexistenz leben, als eine Art Aussteiger_innentum. Damit wird der Erhalt der Subkultur zum Wert an sich.

Durch die Sozialisierung in linksradikalen Strukturen wird zudem die Illusion geschaffen, linke Orte stünden außerhalb der gesellschaftlichen Einflüsse bzw. ihrer Entstehungsbedingungen (z.B. zunehmende kapitalistische, sexistische, rassistische, nationalistische, faschistische Tendenzen etc.) Diese Selbstwahrnehmung befördert die Trennung zwischen linksradikaler Szene und Gesellschaft und bringt ein elitäres Bewusstsein hervor. Darin wird die eigene Szene zum Hort von Aufklärung und Emanzipation stilisiert, während die Gesellschaft „da draußen“ als Inbegriff des reaktionären Niedergangs erscheint.

Die fehlende Offenheit linksradikaler Strukturen hat sicherlich auch mit der Angst vor Überwachung und Spitzeln zu tun, die nach den zahlreichen Enttarnungen von Spitzeln in der letzten Zeit nicht völlig unbegründet ist. Dennoch wird häufig eine Konspirativität und Verschlossenheit an den Tag gelegt, die in keinerlei Weise der Militanz der politischen Praxen entspricht. Wir denken, es ist wichtig, das Niveau der Konspirativität an die Art der politischen Praxen anzupassen. Wenn wir selbstorganisierte Strukturen im Stadtteil aufbauen oder in breitere soziale Kämpfe intervenieren wollen, ist es fatal, wenn jede und jeder Unbekannte in unseren Strukturen kritisch gemustert, ignoriert oder ungefragt zum Gehen aufgefordert wird. Gleichzeitig ist der Umgang mit konkreten Verdachtsmomenten in organisierten Strukturen einfacher, weil es konkrete Methoden und Verantwortlichkeiten gibt, wie entsprechende Personen überprüft werden können.

Für die Reproduktion der linksradikalen Szene als isolierter, von der Gesellschaft getrennter Subkultur spielen aber auch psychosoziale Faktoren eine Rolle. Das Unvermögen und die Unbeholfenheit vieler Linksradikaler im Kontakt mit der breiteren Bevölkerung sind auch Ausdruck von Ängsten, Unsicherheiten, Vereinsamung, Scham, Schüchternheit, Unbeholfenheit, fehlender Erfahrung und Vermeidung. Auch fehlt häufig die Fähigkeit, mit Andersdenkenden auf Augenhöhe in Kontakt zu treten, zu kommunizieren und mit Widersprüchen umzugehen. Dies spiegelt neben individuellen, lebensgeschichtlichen Erfahrungen auch die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen wider, in denen die Entwicklung einer respektvollen und konstruktiven Streitkultur zwischen Gleichgestellten sowie die Fähigkeit, Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, nur selten gelehrt und gestärkt werden.

Während andernorts linksradikale Zusammenhänge versuchen, derartigen Schwächen durch kollektive Reflexion, Bildung und Auseinandersetzung zu begegnen, wird dies in der hiesigen Szene völlig vernachlässigt oder den einzelnen selbst überlassen. Auch darin zeigt sich wohl der geringe Stellenwert, welcher der Gesellschaftsveränderung innerhalb linksradikaler Politik hier beigemessen wird.

Die psychosozialen Gründe, die das Heraustreten aus der gemütlichen Szene verhindern oder erschweren, werden häufig nicht als Problem erkannt oder benannt und können dadurch nicht überwunden werden.

Was wollen wir?

Revolutionäre Kämpfe und Umwälzungen können der Gesellschaft nicht von einzelnen politischen Gruppierungen oder Führer_innen aufgezwungen werden. Diese können nur erfolgreich sein, wenn sie Ausdruck einer breiten gesellschaftlichen Bewegung sind. Entsprechend kann revolutionäre Politik nichts anderes bedeuten, als sich innerhalb der Gesellschaft zu bewegen, den Kontakt zur Bevölkerung zu suchen und sich auch auf die Widersprüche einzulassen, die wir dort vorfinden. Hierfür ist es notwendig die Selbstisolierung und subkulturelle Ausrichtung linksradikaler Politik hinter sich zu lassen, sich als Teil der Gesellschaft zu verorten und mit Menschen beständig in einen „geduldigen Dialog“¹¹ zu treten.

Wir sind der Ansicht, es bedarf eines bewussten Lernprozesses, um sich die Fähigkeit anzueignen bzw. weiter zu entwickeln, andersdenkenden Menschen auf Augenhöhe zu begegnen und eigene Analysen und Standpunkte verständlich zu vermitteln. Das erfordert Prozesse auf zwei Ebenen: Zum einen die Auseinandersetzung mit eigenen Ängsten und Unsicherheiten und zum anderen die Diskussion der Frage, wie revolutionäre Inhalte so vermittelt werden können, dass sie als relevant betrachtet und empfunden werden.

Das Heraustreten aus den gewohnten Kreisen und der Geborgenheit einer uns ständig bestätigenden Kultur ist bei einigen mit Unsicherheiten und Ängsten verbunden. Der politische Prozess muss entsprechend einen Raum für die Auseinandersetzung mit uns selbst und die Entwicklung unserer eigenen Persönlichkeit schaffen, so dass wir lernen uns freier in der Gesellschaft zu bewegen. Das geht wie alle Selbstveränderung am besten, wenn wir nicht auf uns allein gestellt sind, sondern Erfahrungen gemeinsam machen und auswerten können, gemeinsam verschiedene Vorschläge erproben etc. Gleichzeitig ist eine der Voraussetzungen, dass wir in diesen gemeinsamen Kreisen eine Atmosphäre schaffen, in der wir offen und ehrlich, ohne Angst vor Statusverlust, Spott etc., Unsicherheiten, Ängste und (Selbst-)Kritik äußern können (siehe dazu auch These 7).

Der zweite Aspekt beinhaltet die Frage, wie kritische Analysen und revolutionäre Ideen in einer Form zum Ausdruck gebracht werden können, die für andere nachvollziehbar, relevant und verständlich ist. Damit ist nicht gemeint, sich Methoden anzueignen, um die Aufmerksamkeit anderer zu fesseln und attraktiv zu erscheinen (i.S. psychologischer Manipulation). Vielmehr bedarf es Begegnungen, die das Gegenüber nicht politisch instrumentalisieren sondern die Auseinandersetzung auf Augenhöhe suchen und ehrliches Interesse am Gegenüber beinhalten. Das schließt Bereitschaft zur Selbstveränderung ebenso mit ein wie die Anerkennung, dass es bereichernde Erfahrungen in den verschiedensten Lebensweisen geben kann. Gleichzeitig heißt dies auch, zu lernen, Widersprüche in Gesprächen auszuhalten und zu begegnen und nicht beim ersten unaufklärerischen Gedanken des Gegenübers das Gespräch zu beenden.

Wenn wir davon sprechen, kommunikationsfähig zu werden, dann meinen wir damit weder, die eigene Position ohne Grund aufzugeben, noch „mehr Toleranz“ für reaktionäre Positionen zu

11 Dieser Dialog unterscheidet sich von einem reinen Aufklärungsauftrag dadurch, dass 1) die Begegnung auf Augenhöhe stattfindet, 2) existentielle Bedingungen als Mittel des Dialogs benutzt werden und 3) Linksradikale selbst lernen, unbeachtete Aspekte der Realität aus der Sicht anderer Menschen zu sehen und davon zu lernen („Lehrende sind auch Lernende“).

entwickeln. Ebenso geht es uns nicht darum, eine radikale Analyse aus strategischen Gründen zu verstecken.

These 11

Es braucht den bewussten Bruch mit den Gewohnheiten unserer bisherigen Praxis

Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.

Die von uns in diesen Thesen formulierte Kritik an linksradikaler Politik ist nicht neu. Sie wurde seit Mitte der 80er Jahre von verschiedenen Gruppen immer wieder diskutiert und teilweise veröffentlicht. Auch handelt es sich bei (zumindest Teilen) der Kritik keineswegs um eine Randerscheinung sondern um in weiten Kreisen geteiltes Unbehagen und Unzufriedenheit mit der eigenen Politik wie Diskussionen auf unterschiedlichen Diskussionsveranstaltungen und Kongressen gezeigt haben. Wenn diese grundlegende Kritik aber seit Jahren immer wieder formuliert wurde und viele Linksradikale ihr zustimmen, dann stellt sich die Frage, weshalb sich trotz solcher Debatten an der Praxis nichts wesentlich geändert hat.

Wir haben in den letzten Thesen bereits an verschiedenen Stellen Faktoren beschrieben, die eine tatsächliche Veränderung der Praxis von Linksradikalen unserer Meinung nach verhindert. Dennoch war es uns wichtig, mit der Formulierung dieser elften These, den Widerspruch zwischen Debatte und Praxis noch einmal explizit zu betonen und einige der bereits genannten sowie einen weiteren Grund dafür auszuführen.

Zu den bereits genannten Gründen zählen: Die immer noch existierenden gesellschaftlichen und psychosozialen Faktoren, die zu einer Reproduktion linksradikaler Politik vorwiegend als Subkultur beitragen (These 6). Die Organisationsfeindlichkeit bzw. die fehlende Einsicht in die Notwendigkeit der Organisation. Sie trägt dazu bei, dass die Veränderung der Praxis an Individuen oder Kleingruppen hängen bleibt bzw. Organisationsversuche aufgrund der geringen Anzahl sich organisieren wollender Gruppen und Einzelpersonen scheitern (These 2). Identitätspolitik und Sektierertum innerhalb der linksradikalen Szene, die vorwiegend das Trennende betonen und gemeinsame Veränderungen erschweren (These 6 und 9). Die Gewohnheit an politische Ansätze, die sich nicht an die veränderten Voraussetzungen für Kämpfe und gesellschaftliche Bedingungen in der heutigen Zeit angepasst haben (These 4).

Ein wichtiger Grund, den wir noch nicht genannt haben, ist unserer Meinung nach auch, dass die Umsetzung der Kritik quasi zum Zusatzprojekt erklärt wird, das parallel und ergänzend zum „Business as usual“ der bisherigen politischen Praxis stattfinden soll. Dadurch rutscht die Notwendigkeit der Praxisveränderung gegenüber den Erfordernissen der wie gewohnt fortgesetzten linksradikalen Praxis in Teilbereichs- und Abwehrkämpfen schnell in den Hintergrund.

Was wir wollen?

Der Wandel von einer durch Teilbereichs- und Abwehrkämpfe bestimmten, subkulturell geprägten Szene zu einer emanzipatorischen Bewegung mit gesellschaftsveränderndem Potential wird nicht als bloße Ergänzung unserer bisherigen Praxis zu haben sein. Wir müssen aus der gemeinsam diskutierten Kritik, Ziele formulieren und unsere gesamte eigene Praxis genau überprüfen, ob sie diesen entspricht und sie gegebenenfalls konsequent umgestalten. Das erfordert andere und neue Schwerpunktsetzungen, für die wir bereit sein müssen, mit unseren bisherigen Gewohnheiten zu

brechen, auch wenn es unbequem ist – oder an anderen Stellen zunächst sogar erschreckend erscheint. Denn es ist ja keineswegs so, dass das Einsetzen für Teilbereiche oder das Engagement in Abwehrkämpfen überflüssig wären. Wir selbst machen die Erfahrung, wie schwer es angesichts der sich ständig zuspitzenden Verhältnisse ist, nicht immer wieder in gewohnte Verhaltensweisen und Aktionismus zu verfallen. Auch weil der Aufbau langfristiger Strukturen nicht direkt sichtbare Erfolge zeigt.

Die grundlegende Neugestaltung linksradikaler Politik erfordert auch von jeder und jedem Einzelnen Veränderungsbereitschaft auf individueller Ebene, weil revolutionäre Politik die Veränderung der eigenen Persönlichkeit mit einschließt und Prioritäten setzen auch bedeuten kann, das gemütliche Umfeld und gewohnte soziale Strukturen zu verlassen. Zudem beinhaltet Organisierung und tatsächliche Veränderung auch Ernsthaftigkeit, Verbindlichkeit und Disziplin. Wie viel Zeit und Kapazitäten jede und jeder Einzelne jedoch in solch ein Projekt einbringen kann, hängt sehr stark von den unterschiedlichen gesellschaftlichen und existentiellen Anforderungen und den jeweiligen Lebenssituationen ab.



Die Texte für die nächste **Streikultur** findet ihr hier:

Infoladen Anschlag
Heeper Str. 132
33607 Bielefeld

Öffnungszeiten: Donnerstags 19-21 Uhr

infoladenanschlag.wordpress.com/streikultur